

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich einmaliger Entsendung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Entsendung monatlich 25,- M., vierteljährlich 75,- M.
Die einpolige 32 mm breite Zeile 6,- M. Bei Familienangehörigen, Angehörigen von
Stellen u. Wagnungsstellen, 1 polige Zeile u. Verhütung 25,- M. Bezugsgebühr laut
Zahl. Unabdingbare Aufnahme gegen Vorbestellung. Einzelnummer 1,30 M.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Merkelstraße 28/40.
Druck u. Verlag von Hefsch & Neidhardt in Dresden.
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriffsätze werden nicht aufbewahrt.

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen

27 Kamenzer Straße
J. A. BRUNO
Kamenzer Straße 27
KÖNIG
Telephon 22667

Deutscher Weinbrand
Scherer Original
Langen
d. Frankfurt a. M.

Leinenhaus **F. A. Horn** Ferdinandstr. 3
Dauendecken — Steppdecken
Bett-Wäsche — Leib-Wäsche — Tisch-Wäsche
Lieferung vollständiger Ausstattungen in kürzester Zeit

Drei Hauptmächte zu Rußlands Antwort.

Italien hofft — England kritisiert — Frankreich entrüstet sich.

Italien

Eine Rede Schanzer an die Presse.

Genua, 12. Mai. (Spezialbericht des W. T. B.) Schanzer erklärte im großen Arbeitsaal des Pressehauses vor Vertretern der internationalen Presse auf die Frage, wie sich die allgemeine Lage infolge der Ueberrettung der russischen Antwort gestaltet habe, u. a. folgendes:

Ich werde Ihnen mit vollem Freimuth meine persönliche Ansicht über

die gegenwärtige Lage

darlegen. Ich muß sagen, daß wir eine andere Antwort erwartet hätten. Ich glaube, die russische Delegation hätte den Interessen ihres eigenen Volkes besser gedient, wenn sie das Memorandum als Grundlage für die weiteren Verhandlungen angenommen hätte. Wir haben alles mögliche getan, um der russischen Delegation aniere Vorschläge zu erläutern und das Kreditvertrauen zu erklären, das dem Wiederaufbau Rußlands dienen sollte und das weit größere Ansichten bietet, als die russische Delegation erwarten konnte. Wir haben besonders darauf hingewiesen, daß das

Kapital des internationalen Konfortiums

nur ein Fonds für den Anfang der Operationen sein sollte und daß noch weitere finanzielle Methoden die Leistungsfähigkeit dieses Organismus vergrößern sollten. Statt dessen hat man auf direkten Kredit an die russische Regierung bestanden. Solche sind im Augenblicke unmöglich, vielleicht sind sie in naher Zukunft möglich, wenn sich das Vertrauen wieder eingestellt hat. Die russische Delegation glaubt, es würde trotzdem Kapitalisten geben, die ihr Kapital in Rußland anlegen bereit sind. Ich fürchte, Rußland würde für solches Geld enorm viel zu zahlen haben, denn die Kapitalgeber würden, wenn sie kein Vertrauen haben, ihr Risiko mit in Rechnung stellen. Erst muß das Vertrauen wieder hergestellt sein, dann wird wieder ein großer Strom von Kapitalisten nach Rußland fließen. Gätten die Russen sofort zugestimmt, so würde die Verwirklichung Rußlands sicher unverzüglich ihren Wünschen entsprechen.

Der erste Teil der russischen Antwort ist polemischer und propagandistischer Art. Ich kann hier nicht auf die Einzelheiten eingehen, die eine Widerlegung erfordern. Das russische Dokument behauptet uns, einen Schritt nach rückwärts getan zu haben. Wenn die Russen die Verantwortung für die Verpflichtungen ihrer Vorgängerinnen ablehnen, nachdem sie zuvor schon versprochen hatten, die Vorkriegsschulden anzuerkennen, dann ist das ein viel größerer Schritt nach rückwärts. Wir können den polemischen Teil des russischen Dokumentes nicht annehmen, aber sein

Schluss ist besser als der Anfang.

Er ist in gewissem Grade befeht vom Geiste der Veröhnlichkeit und des Willens zur Mitarbeit. Das heißt ich mit großer Freude fest. Man schlägt russischerseits die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses vor, der die Prüfung der verschiedenen finanziellen Fragen, die aufgeworfen sind, fortsetzen könnte. Ueber diesen Punkt kann ich mich nicht äußern, weil erst die Mächte gemeinsam die Antwortnote prüfen müssen, und weil die Antwort eine gemeinsame sein muß. In meinem eigenen Namen, in dem des Ministerpräsidenten und der italienischen Delegation erkläre ich:

Wir sind der Ansicht, daß es sicher nicht angebracht wäre, die Verhandlungen abzubrechen und die russische Antwort ungeprüft zurückzuweisen. Wir können es nicht ablehnen, die Besprechungen fortzusetzen.

Ich stelle mit Vergnügen fest, daß der letzte Teil des russischen Dokumentes wirklich tröstlich ist, denn dort spricht die russische Delegation, wenn ich recht verstehe, den Wunsch aus, an der

Konsolidierung des Friedens

mitzuarbeiten, und das ist auch eine Antwort an diejenigen Leute, die den Beschluß der Konferenz voraussetzten. Es ist ein Zeichen für den Erfolg dieser Konferenz. Wir sehen zum ersten Male seit dem Kriege, daß sich Sieger und Besiegte an dem gleichen Verhandlungstisch zusammengesunden haben. Diese Annäherung, diese Nähe Rußlands in das europäische Leben ist ein Erfolg. Ich bin sehr zufrieden, zu sehen, daß die Delegationen ihre Teilnahme an der Arbeit des Friedens fortsetzen will. Ich glaube, daß das Werk dieser Konferenz noch nicht beendet ist. Sie muß noch arbeiten für den Frieden, um die Konflikte zwischen den Völkern zu beseitigen.

Die italienische Politik

ist in dieser Beziehung seit Anfangs unverändert geblieben. Es ist eine Politik des Friedens und der Solidarität gewesen. Wir wünschen, diese Politik fortzusetzen und ihren Sieg zu sichern, damit sie die Politik der Zukunft Europas werde. Von Genua aus muß, bevor die Arbeiten der Konferenz ihren Abschluß finden, ein Wort des Friedens und der Garantie ergehen, damit es keinen Angriff zwischen den Völkern mehr gibt. Ich vertraue sehr darauf, daß alle hier vertretenen Nationen sich diesem Gedanken anschließen und an dieser großen Aufgabe mitarbeiten werden. (W. T. B.)

England

Die russische Antwort, ein trübseliges Nachwerk.

Genua, 12. Mai. (Sonderbericht des W. T. B.) Auf der Pressekonferenz von heute mittag teilte Sir Edward Grieg bezüglich der russischen Antwort folgendes mit:

Wir werden das Dokument prüfen, das die Russen vorgelegt haben. Wir halten es vom Standpunkte des russischen Volkes aus für ein ziemlich trübseliges Nachwerk, das an Stelle praktischer Vorschläge zur Verhandlung und zu einer praktischen Behandlung der Probleme eine Fülle von Propagandamomenten enthält. Wir wollen aber trotzdem nicht dem russischen Volke und Europa den Frieden vorenthalten. Wir werden mit den Diskussionen über den Frieden fortfahren. Wir sind bereit, auf die russischen Anregungen einzugehen, daß die ökonomischen Angelegenheiten einer Sachverständigenkommission unterbreitet werden sollen. In der Zwischenzeit werden wir die gegenwärtig bestehenden Grenzen provisorisch als de facto bestehend anerkennen. Diese Behandlung der Grenzfragen soll provisorisch so lange Geltung haben, bis die Kommission ihre Arbeiten beendet haben. Mit dem Grundsatze, daß die Propagandastärke in allen fremden Ländern eingeklinkt wird, sind wir einverstanden. Nur muß hierbei durchaus das Prinzip der Gegenseitigkeit gelten. Im übrigen bedauern wir es im Interesse des russischen Volkes sehr, daß durch die russische Antwort eine neue Verzögerung der endgültigen Lösung verursacht wurde.

Genua, 12. Mai. In der englischen Pressekonferenz von heute Mac Lure folgende Erklärung ab: Die Antwort der russischen Delegation hat auf jeden Fall die Gewährung der Hilfe an Rußland verzögert und erschwert, aber das ist schließlich Sache der russischen Regierung. Wir sind bereit, dem von der russischen Delegation gemachten Vorschlag zu entsprechen und die drei Fragen: Kredit an Rußland, Schulden Rußlands, Privateigentum in Rußland einer gemischten Kommission zur Prüfung vorzulegen. Diese Kommission müßte dann in drei Unterkommissionen geteilt werden, von denen je eine der Fragen präst. Dieser Vorschlag erscheint der englischen Delegation durchaus praktikabel, doch ist sie nicht einverstanden mit der Ansicht, daß alle diese Fragen in den Kommissionen nicht bilaterale behandelt werden dürfen.

Die andere große Frage der Konferenz, die des Burgfriedenspactes, hat in dem Schriftstück der russischen Delegation ebenfalls eine befriedigende Lösung gefunden. Auf die russische Antwort hin die Konferenz abzubrechen, hieße alle Rußland benachbarten Länder der Gefahr der Invasion aussetzen, und das würde eine neue Störung für Europa bedeuten. Die russische Delegation erklärt sich aber in ihrem Schriftstück bereit, Frieden zu schließen und den Burgfriedenspact zu unterzeichnen. Selbstverständlich ist England nicht bereit, Vertreter in eine Kommission zu entsenden, ohne eine klare und eindeutige Garantie dafür zu haben, daß in der Zeit, in der die Kommission arbeitet, weder Propaganda in anderen Ländern getrieben wird, noch andere Länder bedroht werden. Es ist unnötig, zu sagen, daß diese Garantie auf Gegenseitigkeit beruhen muß. Wenn Rußland sich verpflichtet, sich jeden Angriffes gegen seine Nachbarn zu enthalten, so müssen sich alle anderen Staaten an dem gleichen Verhalten Rußland gegenüber verpflichten. Dasselbe müßte auch für die Propaganda gelten. Der Burgfriedenspact kann natürlich nicht geschlossen werden, solange die Grenzen Osteuropas nicht nicht fixiert und allgemein anerkannt sind. Deshalb hat die russische Delegation die Absicht, eine Trennung bei auf der Basis de facto bestehender Grenzen vorzuschlagen, bis die Kommission ihre Arbeiten beendet und bis man ein definitives Abkommen geschlossen hat. Dieses sind im Prinzip die Vorschläge, die die englische Delegation der Konferenz vorzulegen gedenkt, mit der Bitte, sie anzunehmen. Lord George wird sich jedenfalls mit allen seinen Kräften für sie einsetzen. (W. T. B.)

Frankreich

Das russische Problem vorläufig erledigt.

Genua, 12. Mai. (Sonderbericht des W. T. B.) Ueber die Haltung der Franzosen gegenüber der russischen Antwort wird mitgeteilt, daß Frankreich über den stark polemischen Ton der Note ungehalten sei. Es hatte eine präzisere Antwort erwartet. Dennoch wird die russische Antwort nicht abgelehnt. Im Gegenteil bemerken Männer, wie Picard, Barrère, Meinard und Bonaccet, energisch das heute noch angedeutete Gerücht, nach dem die Franzosen in drei bis vier Tagen abreisen würden. Das trifft nicht zu. Man werde die russische Antwort der ersten Unterkommission für russische Fragen vorlegen, die auf morgen nachmittag verlegt wurde. Diese Kommission werde sich, wenn Zwischenfälle nicht eintreten, dahin entscheiden, daß die finanzielle Frage einer Sachverständigenkommission überlassen werde. Damit ist nach Ansicht der Franzosen das russische Problem vorläufig erledigt.

Paris, 12. Mai. Der spanische Vertreter in Genua schreibt: Da die französische Delegation das Memorandum vom 2. Mai nicht unterzeichnet habe, behält sie volle Freiheit in den Beratungen der russischen Frage, an denen sie, wie Belgien, zweifellos auch weiterhin nur offiziell teilnehmen werde.

Neuer Antrieb in Genua?

Ja oder nein, wie es Barthou angeblich gefordert haben soll, in Wirklichkeit aber kaum verlangt haben dürfte, laut die ausführliche russische Antwort auf das Entente- oder besser englisch-italienische Memorandum nicht. Die zuerst überreichte, aber durch die Vermittlung des rührigen und kompromissgemachten italienischen Außenministers wieder zurückgezogene Fassung der Antwort muß jedoch dem Reiz noch erheblich näher gekommen haben, als der endgültige Text, der in der Sache im wesentlichen an dem bisher eingenommenen russischen Standpunkt festhält. In der Form aber zeigt sich Tschitscherin in der Note trotz Schläger und für die Entente schwer verdäulicher Kennzeichnung der Widersprüche mit dem Konferenzgeden — die Engländer nennen dies nur mit sehr beschränktem Recht Polemik — ganz im Gewande weltmännischer Höflichkeit unter immer wieder betonter Bereitschaft zum Entgegenkommen, um die Tür zum Konferenzsaal offen zu halten und den Verhandlungsfäden nicht abreißen zu lassen. Man wird schwer über die russischen Beschlüsse hinwegkommen, daß das Memorandum an Rußland seinen Fortschritt gegenüber dem Londoner Ultimatum bedeutet, daß man von dem eigentlichen Ziel des Wiederaufbaus Rußlands noch kaum gesprochen und die Frage der Entschädigung der privaten Interessenten aus der Vergangenheit ganz einseitig in den Vordergrund gestellt hat. Und auch in der Hauptfrage des Privateigentums, wie der Anerkennung der Staatsschulden macht Tschitscherin eine ironisch-lebenswürdige Verbindung vor den Franzosen, indem er sie auf die nicht zu leugnende Tatsache hinweist, daß es auch in Frankreich einmal eine Revolution gegeben hat, daß das revolutionäre Frankreich nicht nur die politischen Verträge des Ancien Regime mit dem Ausland zerriß, sondern auch die Bezahlung der Staatsschulden verweigert und Eigentum konfiszierte hat. Er hätte aber zweifellos noch viel weiter gehen und den französischen und belgischen Vertretern des Privateigentums die schrankenlose und rigorose Beschlagnahme unerwerblicher deutscher Privatwerte im und nach dem Kriege und den unerhörten Raub der deutschen Patente vorkalten können. Tschitscherin hat jedoch darauf verzichtet und mit Recht auf die russischen Konzeptionen in der Schuldfrage und der Entschädigungsfrage für nationalisierten Auslandsbesitz trotz des Vorbildes der französischen Revolution hingewiesen.

Der Kern der russischen Antwort aber liegt in der Forderung Tschitscherins, daß alle von Rußland verlangten Zugeständnisse durch gleichwertige Konzeptionen der Alliierten ausgeglichen werden müssen. Und die Rechnung und Gegenrechnung, die die Note aufstellt, ergibt ein schreckliches Mißverhältnis zwischen den Forderungen und den Angeboten an Rußland. Damit rührt Tschitscherin an die Grundfragen des ganzen russischen Problems, ohne deren erörterliche Regelung an seine Einigung zu denken ist. Unter den vielen Verpflichtungen, die Rußland auf sich nehmen soll, stehen heute die Anerkennung der Vorkriegsschulden und der im Kriege von der Sarenregierung aufgenommenen Anleihen, die Entschädigung aller Ausländer, die durch Beschlagnahme oder sonstige Maßnahmen Schaden erlitten haben, und die Regelung von Gemeinde- und Eisenbahnschulden eventuell unter Ausschaltung der Souveränitätsrechte durch ein Schiedsgericht im Brennpunkte des Interesses, während andere Fragen wie die der Konzeptionen und Garantien für fremde Betätigung vorläufig noch zurücktreten. Was dagegen geboten wird, beschränkt sich auf allgemeine Zusicherungen, daß Rußland die Schulden im Augenblick noch nicht zu bezahlen braucht und für den Zinsendienst Erleichterungen erhalten soll. Nichts von einer wirklichen Auszahlung, nichts von praktischen Vorschlägen, wie Rußlands Wirtschaftslächen wieder in Gang gebracht werden soll. Mögen ansehnliche Zahlungen für Rußland aus diesen Forderungen auch nicht erwachsen, so stellt doch eine Anerkennung der riesigen Schuldenlast und der Entschädigung des ausländischen Privateigentums, wenn sie ernst genommen wird, für die Zukunft eine derartige Belastung dar, daß die Sowjetregierung sie nicht einmal gegenüber den gemäßigten Sowjetisten nachschweigen kann vor den Sowjetfanatikern verantworten könnte. Zudem haben die Volkswirtschaften genügend Argumente, die gegen diese Forderungen sprechen: Die Maßnahmen anderer revolutionärer Regierungen gegen frühere Staatsschulden und Privateigentum, die kommunistischen Doktrinen und gegenüber den Kriegsschulden die von Brüssel propagierte Tatsache, daß Rußland durch seine Entlastungsmaßnahmen für die Entente und seine riesigen Blutzöpfe keine Kriegsschulden bereits reichlich abgetragen habe. Die Volkswirtschaften fühlen sich eben nicht als Besieger und erkennen keine moralische Verpflichtung gegenüber den Ententeforderungen an. Sie werden darum niemals zu großzügigem Entgegenkommen bereit sein, wenn sie nicht wirklich wertvolle Angebote dafür erhalten. Von einer de jure-Anerkennung Rußlands, die ein solches Angebot darstellen könnte und gegen die sich hauptsächlich Frankreich und Belgien wenden, ist aber in dem Memorandum mit keinem Wort die Rede, ebensowenig wie von einem sofortigen Staatskredit für die Sowjet-